Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 4.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 103. Halle, Dienstag, den 2. März 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Schluß der Beweisaufnahme.

Beendigung der Beweisaufnahme im Erzberger-Helfferich-Prozeß. — Heute Beginn der Plaidoyers.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 1. März. Ueber die fortgesetzten Verhandlungen wird uns berichtet:

Staatsanwalt: Ist der Gesichtspunkt der Verletzung des Urheberrechts zur Sprache gekommen?

Zeuge: Nein.

Rechtsanwalt Bertram, der Rechtsanwalt, der im Falle Möplau als Verteidiger aufgetreten ist, bestätigt als Zeuge, daß mit Erzberger über die Frage des Urheberrechts gesprochen wurde.

Rechtsanwalt Alsberg: Haben Sie etwa dem Nebenkläger gesagt, wenn er die Aussage zu verweigern wünsche, so könne er sich auf die Verletzung des Urheberrechts zurückziehen?

Zeuge: Das ist möglich.

Zu den politischen Fragen wird zunächst Minister Giesberts vernommen über

die Juliresolution des Reichstages.

v. Gordon: Sind die Vorgänge am 6. Juli 1917 auf eine Aktion Erzbergers zurückzuführen?

Zeuge: Nein. Die Haltung der Regierung war damals unverständlich, ebenso die der Zentrumsfraktion. Meiner Meinung nach hat eine interfraktionelle Kommission sich mit dem Vorschlage Erzbergers beschäftigt.

Vorsitzender: Wie ist denn die Erregung des Hauses nach der Sitzung zu erklären?

Zeuge: Sie bestand auf militärischer Seite. Im übrigen war die Sitzung des Ausschusses vertraulich, und ich war daher erstaunt, daß die Angelegenheit plötzlich in allen Zeitungen zu lesen war.

v. Gordon: Ist es richtig, daß beim Abg. Spahn, der damals einen Ohnmachtsanfall erlitt, oft zu jener Zeit Gedächtnisschwäche beobachtet wurde, ihn sein Gedächtnis verließ?

Zeuge: Ja. Er war körperlich schlecht disponiert.

Helfferich: Ist die Erklärung richtig, die Spahn damals nach dem Vorstoß abgab, daß die Zentrumsfraktion dazu keine Stellung genommen habe?

Zeuge: Ich habe versucht, die Angelegenheit in der Fraktion zur Sprache zu bringen, aber ich wurde überstimmt.

Helfferich: Also ist darüber gesprochen worden. Das genügt mir. Ist Ihnen bekannt, daß Erzberger die Friedensresolution nur als taktisches Mittel ansah und tatsächlich den Kanzler damit stürzen wollte?

Zeuge: Ich bin über diese Auffassung entsetzt. Ich habe die Resolution bitter ernst genommen und bin der Meinung, daß der Kanzler dadurch eine Stütze bekommen sollte.

Erzberger: Ich protestiere dagegen, daß die Friedensresolution als taktisches Mittel bezeichnet wird. Sie war völlig ernst und ich bin heute noch stolz auf sie. (Lebhaftes Gelächter im Zuhörerraum, das der Vorsitzende rügt.)

Abg. Giesberts: Nachdem das Friedensangebot der Regierung abgelehnt war, war es Sache des Reichstages, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen.

Zur gleichen Angelegenheit gibt Reichsminister Dr. Darid eine eingehende Schilderung der Lage vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses im Juli 1917. Wir haben, so sagt der Zeuge, die Regierung über den vollen Ernst der Situation unterrichtet. Am ersten Tage des Hauptausschusses wies Ebert darauf hin, daß das Volk zu ihren Erklärungen alles Vertrauen verloren habe, am zweiten Tage sprach Noske noch schärfer, am dritten Tage noch schärfer der Abgeordnete Hch. Die Erklärung Erzbergers bildete, da wir eine Krisis als bereits vorhanden betrachteten, also nicht die Schaffung einer neuen Situation.

Vorsitzender: Mußte aber die Regierung gerade diesen Vorstoß erwarten?

Zeuge: Darüber kann ich nichts sagen.

Erzberger: Entwickelte sich meine Rede nicht aus der Debatte selbst?

Zeuge: Ja, aus dem Umstande, daß die Auskünfte der Regierung äußerst unbefriedigend waren und der Reichskanzler, den wir erwartet hatten, nicht zur Stelle war.

Helfferich: War Ihnen bekannt, daß die Friedensresolution den Sturz des Reichskanzlers bezweckte?

Zeuge: Eine solche Absicht konnte ich nicht annehmen. Die Resolution war tatsächlich auch keine Resolution Erzbergers. Sie ist in einer Erklärung der vier linksstehenden Parteien — die Nationalliberalen gehörten damals noch dazu — festgesetzt worden, in welcher Erzberger nicht einmal zugegen war.

Nach der Mittagspause kommt der Fall

„Oele und Fette"

aufs Tapet. Zu ihm äußert sich Reichsminister Schmidt über die Verhandlungen, die im Juli mit einer Vertretung der württembergischen Regierung geführt wurden. Es handelte sich um die bereits behandelte Einfuhr von Lebensmitteln in Höhe von 15 Millionen Franken, bei der die Beziehungen Erzbergers zur Firma Denk eine Rolle spielen.

Vorsitzender: Hatten Sie nicht das Gefühl, daß diese Firma, die durch die Valutaverhältnisse große Verluste gehabt hatte, durch das Abkommen saniert würde?

Zeuge: Ich hatte nicht den Eindruck, als ob etwas Derartiges gemacht werden sollte, da ich sonst mit großen Vorbehalten dem Abkommen gegenübergetreten wäre.

Helfferich: Ist dem Herrn Zeugen und Herrn Erzberger etwas davon bekannt, daß vor wenigen Wochen schon als der Prozeß hier im Gange war, der Herr Reichsfinanzminister an Thyssen zu Händen des Herrn Rabes als Vorentschädigung für den elsaß-lothringischen Besitz den Betrag von 400 Millionen Mark ausgezahlt habe, obwohl die Verhandlungen noch gar nicht abgeschlossen waren?

Erzberger: Zu welchem Punkt der Behauptungen soll das dienen?

Dr. Alsberg: Zu dem Punkt der Begünstigung Ihrer Freunde.

Erzberger: Ich kann über die Einzelheiten dieser Zahlung, die nicht für Thyssen allein, sondern für den gesamten elsaß-lothringischen Hüttenbesitz, etwa 17 Firmen, bestimmt war, nichts sagen, aber erklären, daß ich aus dieser Zahlung keine Vorteile gezogen habe.

Reichsminister Schmidt: Ich bin über die Angelegenheit nicht informiert.

Helfferich: Gerade das wollte ich wissen!

Erzberger: Diese Frage wird außer im Reichsfinanzministerium auch im Reichsamt des Innern behandelt.

Im Mittelpunkt des Falles Denk stehen die Ausführungen des Regierungsrates Seyfuld, die er heute wiederholt und die besagen, daß die Firma Denk durch Vermittlung Erzbergers Einfuhrscheine auf Textilien aus der Schweiz besorgt habe. Die Zeugen Dr. Wassermann und der frühere württembergische Gesandte Hildebrandt bekunden, daß die württembergische Regierung das Geschäft ohne Mitwirken Erzbergers abgeschlossen habe. An dem demokratischen Abgeordneten Hermann-Reutlingen soll nach Mitteilung Helfferichs der Reichsfinanzminister Erzberger Abfindungs- und Bestechungsversuche gemacht haben, indem er stehenden Fußes in einer Unterredung am 17. Dezember v. J., dem Tage der Abstimmung des Reichsnotopfers, eine Eingabe zugunsten des Kleinhandels bewilligte, daß zur Zahlung der Reichstextilaktiengesellschaft Kriegsanleihe benutzt werden dürfe. Der Abg. Hermann und Erzberger protestieren gegen eine solche Auffassung, die sie als ungeheuerlich bezeichnen. Erzberger erklärt, diese Zusage nur im Interesse des Kleinhandels gemacht zu haben. Der Leiter der Textilaktiengesellschaft erklärt als Zeuge, daß diese Verfügung, die eine alleinstehende Ausnahme bildete, ihm zu gewissen Bedenken Anlaß gab. Im übrigen ist die Verfügung niemals ausgeführt worden, da die Reichs-Textil-Aktiengesellschaft dagegen Widerspruch erhob.

Zum Falle Berger Tiefbau wird noch der Hauptmann a. D. Stefani vernommen. Er erklärt: Es ist mir peinlich, in der Angelegenheit hier auszusagen, da ich im Frieden bei Berger angeschieden bin. Ich möchte meinen Aussagen einen Vergleich vorausschicken: Wenn ein Botschafter in einem fremden Lande sich eines Spiones bedient, so wird man den Spion wohl verurteilen, nicht aber den Botschafter. Als Botschafter betrachte ich in unserem Falle den Kommerzienrat Berger. Wenn bei den Angestellten Bergers von Erzberger gesprochen wurde, so geschah dies immer in verächtlichem Sinne.

Rechtsanwalt Friedländer: Wer tat das?

Zeuge: Ich kann die Leute nicht in peinliche Verlegenheit bringen. Ich will auf einen bestimmten Fall eingehen: Bei dem Bau einer Kriegschaussee hatte die Firma Berger Verluste gehabt. Die Firma meldete einen Schaden von einer halben Million Mark an. Wir entwarfen einen Kriegsplan über die Vertretung dieser Ansprüche. Ich hatte Bedenken, die Ansprüche unter Beziehung auf Erzberger beim Kriegsministerium vorzubringen. Ich fuhr nach Berlin, und als ich von dort aus zurückkehrte und dem Kommerzienrat Berger mitteilte, daß der Kriegsminister Schenk zurückgetreten sei und Oberst Reinhardt sein Nachfolger wurde, sagte Berger: Das paßt ja gut. Reinhardt ist ein Freund Erzbergers. Obwohl die Firma Berger selbst nicht an die Rechtmäßigkeit dieser Forderung glaubte, machte sie trotzdem an Erzberger die Eingabe und Erzberger gab sie befürwortend an Reinhardt weiter.

Erzberger: Ich habe den Obersten Reinhardt überhaupt nicht gekannt, bis er Kriegsminister wurde. Solche Gesuche habe ich stets befürwortend weitergegeben, wenn sie ein anderes Ressort betrafen.

Vorsitzender: Waren Sie damals noch an Berger interessiert?

Erzberger: Abgesehen von meiner Aktienbeteiligung nicht.

Damit schließt die Beweisaufnahme.

Morgen vormittag beginnen mit der Rede des Staatsanwalts die Plaidoyers.

Die Umgestaltung der Reichsregierung.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) In parlamentarischen Kreisen wird gegenwärtig der Plan einer Umgestaltung der Reichsregierung lebhaft erörtert. Vor allen Dingen steht fest, daß der Posten des Reichsfinanzministers nicht mit einem Demokraten besetzt werden wird und im allgemeinen das gegenwärtige Verhältnis der Ministersitze an den Regierungsparteien gewahrt werden soll, nämlich ein sozialdemokratischer Reichskanzler, drei demokratische, vier sozialdemokratische, vier Zentrumsminister. Vielleicht wird das Zentrum den Posten des bisherigen Reichsschatzsekretärs Mayer-Kaufbeuren, der seit Wochen verwaist ist, dem preußischen Minister Südekum überlassen. Als Nachfolger Erzbergers wird der badische Finanzminister genannt, der sich als gewandter Volkswirtschaftler erwies und unter dessen Regime Baden die beste Finanzwirtschaft aller deutschen Länder aufzuweisen hat. Da er in seiner Person die Eigenschaften des Rechnenmeisters und Politikers vereinigt und sein parlamentarisches Auftreten sehr gewandt ist, glaubt man in ihm den richtigen Mann gefunden zu haben. Reichseisenbahnminister Dr. Bell wird, so verlautet, seinen Posten dem preußischen Eisenbahnminister Oeser abtreten, dessen Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitsunlust in den Eisenbahnwerkstätten ihn für einen höheren Posten befähigt erscheinen lassen. Welchen Ersatz das Zentrum dafür erhalten wird, ist noch unbestimmt. Sicher sei, daß die Demokraten Koch (Reichsminister des Innern) und Geßler (Justiz) ihre Posten behalten. Vielleicht werden aber die Sozialdemokraten einen oder den anderen Posten abgeben. Die Stellung des Reichswirtschaftsministers Schmidt scheint ebenso wie die des Außenministers Müller sehr erschüttert zu sein. Wenigstens werden in parlamentarischen Kreisen mit mehr oder weniger Bestimmtheit bereits ihre Nachfolger genannt. Wie die Verteilung der Ministerposten auf die einzelnen Parteien erfolgen wird, wenn das große Revirement eintritt, darüber verlautet nur, daß die Lösung bald gefunden werden müsse. Die Stellung des Reichskanzlers gilt als gefestigt.

Wann erfolgen die Neuwahlen?

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Frage der Reichstagswahl ist noch zu keiner Entscheidung gekommen, da die Ansichten der drei Mehrheitsparteien über den Wahltermin sich scharf gegenüberstehen. Während die Demokraten für eine möglichst frühe Festsetzung der Neuwahl sich entschieden haben, verweisen die Mehrheitssozialisten auf den beginnenden Umschwung in der Arbeiterschaft, die sich wieder vom Radikalismus abwendet. Dieser Prozeß müsse noch eine Zeit wirksam bleiben, bevor eine Neuwahl ausgeschrieben werden könne. Das Zentrum dagegen befürchtet, daß nach dem Erzbergerprozeß die Stimmung seiner Wählermassen ungünstig beeinflußt sei und möchte die Neuwahlen daher auf einen möglichst spätesten Termin festsetzen. Die Opposition verlangt nach wie vor sofortige Ausschreibung der Reichstagswahlen.

Zentrumsbruch mit Erzberger?

Erzberger künftiger Sozialistenkandidat?

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) In weit linksstehenden Kreisen wird die parlamentarische Laufbahn Erzbergers nicht für beendet angesehen, das gegen ist in der Fraktion des Zentrums, wie bestimmt verlautet, die Stimmung dergart, daß Erzberger auf keinen Fall wieder der Zentrumspartei angehören wird, zumal auch kirchliche Kreise gegen ihn Stellung nehmen. Man behauptet dort, daß selbst eine Wahl Erzbergers in seinem bisherigen Wahlkreise Erzberger nicht wieder ins Parlament bringen würde. Selbst wenn, was allgemein angenommen wird, die Zentrumswähler seines Kreises Erzberger ihr Vertrauen geben, würde doch unter dem Listenwahlsystem Erzberger nicht wieder als Zentrumskandidat in den Reichstag einziehen. In mehrheitssozialistischen Kreisen, zu denen sich gewisse Unabhängige zählen, ist daher allen Ernstes der Plan aufgetaucht, Erzberger als Kandidaten der äußersten Linken wieder ins Parlament zu bringen. Man vermeint auf die bisherige politische Tätigkeit Erzbergers, die vielfach mehr der sozialistischen Anschauungen als der weiter Zentrumskreise entspricht, Erzbergers gute Beziehungen zu den Radikalen sind bekannt und ihm vielleicht wertvolle Hilfe.

Die Werbeangaben für die Sparprämien-Anleihe.

WTB. Leipzig, 1. März. Auf einen in der heutigen Nummer des „Leipziger Tageblatt" [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302018/fragment/page=0001

öffentlichen Artikel, der von der Ansicht ausging, die Kommission für die Nachprüfung der Werbeausgaben für die Sparprämienanleihe sei nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt und man wolle in eine so brenzliche Angelegenheit die Opposition nicht hineinsehen lassen, hat der Vorsitzende dieser Kommission, Geheimer Regierungsrat Norden vom Reichsfinanzministerium, der sich gegenwärtig zur Messe in Leipzig aufhält, an das genannte Blatt ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß politische Gesichtspunkte seines Wissens bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder nicht mitgesprochen hätten. Soweit er unterrichtet sei, ständen die außer dem demokratischen Abgeordneten Nuschke der Kommission angehörenden Herren Geheimrat Grimm vom Reichsbankdirektorium und Geheimrat Sigismund vom Börsenverein der deutschen Buchhändler den Rechtsparteien näher als den Linksparteien. Er selbst bekenne sich zur Deutschen Volkspartei. Das Ergebnis der Prüfung der Kommission, das binnen kurzem den Mitgliedern der Nationalversammlung unterbreitet werden dürfte, werde zeigen, daß nichts verschwiegen und nichts verheimlicht werde.

Ministerempfang in Leipzig.

WTB. Leipzig, 1. März. Heute morgen wurden die in Leipzig anwesenden Vertreter der deutschen, sächsischen und österreichischen Regierung im Sitzungszimmer des Mesamtes durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Dr. Rothe begrüßt. Erschienen waren Reichsarbeitsminister Schlicke in Begleitung des Geheimrats Matthies und mehrerer Herren des preußischen Ministeriums, der sächsische Ministerpräsident Dr. Fradnauer, der sächsische Arbeitsminister Dr. Heldt und eine größere Zahl sächsischer Ministerialdirektoren, ferner der österreichische Staatssekretär für Handel und Gewerbe Jerdik in Begleitung von Exzellenz Riedl, der Bürgermeister Kulator als Delegierter der Ein- und Ausfuhrkommission Prag und 28 Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung. In seiner Begrüßungsrede skizzierte Oberbürgermeister Dr. Rothe die volkswirtschaftliche Bedeutung der Messe und sprach den Vertretern der Behörden und der Nationalversammlung den Dank des Mesamts aus für die reiche ideelle und materielle Unterstützung, die der Leipziger Messe seitens beider Instanzen zuteil geworden. Er schloß mit dem Wunsche, daß die vorurteilslose Prüfung der diesjährigen Frühjahrsmesse ihr das Wohlwollen der Behörden sowohl wie der Nationalversammlung erhalten und stärken möge.

Im Anschluß daran entwickelte Direktor Dr. Raimund Köhler an Hand einer Reihe graphisch-statistischer Darstellungen den heutigen volkswirtschaftlichen Wert der Leipziger Messe. Der Umsatz nach dem Auslande konnte bei der letzten Messe auf eine halbe Milliarde Mark abgeschätzt werden. Nach dem ersten Rückschlag zu Beginn des Krieges hat die Zahl der Aussteller und Einkäufer sich rapid gesteigert. Die letzte Friedensmesse im Frühjahr 1914 zählte 1200 Aussteller, die Herbstmesse 1919 9600, und in der diesjährigen Frühjahrsmesse ist die Zahl der Aussteller auf über 11 000 gestiegen; einschließlich der Aussteller der noch bevorstehenden technischen Messe werde sie über 14 000 betragen. In bezug auf geeignete Ausstellungsräume ist Leipzig allen anderen Meßstädten weit überlegen. Besonderes Interesse erweckte die Darlegung der Verteilung der Ausstellerschaft nach Herkunftsorten und nach den verschiedenen Industrien. Die Karte mit den eingezeichneten Messindustrien beweist, daß die Leipziger Messe keine Einrichtung der sächsischen Industrie ist, sondern die Aussteller aus allen deutschen Gauen und einer großen Zahl fremder Länder kommen.

Das Ziel des Mesamts ist nicht, möglichst viel Aussteller zu gewinnen, sondern möglichst viel Fabrikanten dort zu versammeln.

Namens der Gäste dankte Ministerpräsident Dr. Gradnauer für die Begrüßung und sprach die Hoffnung aus, daß allen Pessimismus zum Trotz die deutschen Arbeitgeber alle niederdrückenden Fesseln überwinden und gerade die Leipziger Messe dem deutschen Wirtschaftsleben neue Impulse geben möge.

Der österreichische Staatssekretär Jerdik überbrachte den Dank seiner Landsleute und gedachte der engen Beziehungen, die von jeher zwischen Oesterreich und der Leipziger Messe bestanden, und die jetzt durch die Eröffnung des österreichischen Meßhauses gefestigt werden würde.

Reichsarbeitsminister Schlicke begrüßte die Versammlung im Namen des Reichskanzlers, der, ebenso wie der Reichswirtschaftsminister, durch dringende Amtsgeschäfte am persönlichen Erscheinen verhindert sei. Doch hoffen beide Herren, daß sie bei Gelegenheit der technischen Messe das Versäumte nachholen können. Er bezeichnete den starken Besuch der diesjährigen Frühjahrsmesse durch Aussteller und Ausländer als den entscheidenden Wetteranzeiger für die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs.

Namens der Abgeordneten der Nationalversammlung erklärte der Abgeordnete Neumann-Hofer, die Mitglieder des Parlaments seien gekommen, zu hören und zu sehen. Er beginne sich besser, nur mit kurzen Worten seinem Dank für den Empfang Ausdruck zu geben.

An die Begrüßungsfeierlichkeit im Meßamt schloß sich ein Rundgang durch die bemerkenswertesten Meßhäuser in verschiedenen Gruppen an.

Klarheit des französischen Generalstreiks?

WTB. Paris, 1. März. (Havas.) Verschiedene Nachrichten aus dem Lande lassen erkennen, daß der Aufforderung zum Generalstreik sehr wenig nachgekommen wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist an einzelnen Orten sehr häufig. Es erklären die Staatsbeamten zum Teil, am Generalstreik nicht teilnehmen zu wollen. Die Arbeitnehmer lehnen jede Solidarität mit den Streikenden ab. Auf der Ostbahn ist die Mehrheit der Bahnbeamten streikfähig. In Nantes hat der größte Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Auch in Montauban ist der Streik fast vollständig. Die Beurteilung der Streikbewegung dürfte jedoch schwierig sein.

Die Lage im französischen Eisenbahnerstreik.

120—130 000 Eisenbahner streiken.

WTB. Paris, 1. März. Die große Pariser Nachtausgabe stellt heute vorsichtig fest, daß der Generalstreik der Eisenbahner gestern keine Fortschritte gemacht hat. Einige Vorortbahnen brachen sogar von einer Ausdehnung. Dem „Temps" werde auf eine Anfrage in Nordfrankreich mitgeteilt, daß etwa 120—130 000 Eisenbahner von im ganzen 350 000 Eisenbahnern streiken. Die Presse des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes geben die Zahl der Streikenden von 130 000 höher. Am Gonrdon aber streiken bei der Gesellschaft der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn, auf den Bretischen Westbahn und auf der Ostbahn 73 Prozent.

Das „Pflichtgefühl" der Mitglieder der Nationalversammlung.

Die weitere Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes. — Präsident Fehrenbach gegen die Saumseligkeit der Volksvertreter. — Abgelehnte Abänderungsanträge.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 1. März. 144. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Abg. Cohn (U. S.) bemerkt vor Eintritt in die Tagesordnung zur Geschäftsordnung, seine Partei werde im Laufe der Sitzung den Antrag einbringen, die Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, welche das Strafgesetzbuch verschärft, indem sie Todesstrafe bei Brandstiftungen usw. einführt.

Erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.

Das Gesetz geht ohne Aussprache in den Verfassungsausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung des

Entwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu Paragraph 2 (persönl. Steuerpflicht) begründet Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) den Antrag, der doppelte Besteuerung auf das Einkommen aus ausländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb verhindern will, soweit glaubhaft nachgewiesen wird, daß der Steuerpflichtige sich nicht seinen inländischen Steuerpflichten durch den ausländischen Besitz hat entziehen wollen.

Abg. Blunck (Dem.): Der Antrag würde internationale Abmachungen erschweren.

Regierungsrätin Wild erklärt, daß bei doppelter Besteuerung das weitgehendste Entgegenkommen geübt werden soll.

Der Antrag Dr. Becker wird abgelehnt. Pragraph 2 angenommen, ebenso weitere Paragraphen.

Zu Paragraph 12 begründet Abg. Wetzlich (D. N.) den Antrag, daß Gewinne aus Veräußerungen von Grundstücken nicht steuerbar sein sollen, es sei denn, daß die Grundstücke innerhalb der letzten fünf Jahre erworben wären (Vorlage: zehn Jahre). Der solide Grundbesitz muß geschützt werden.

Auch Abg. Seger (U. S.) wendet sich gegen eine im Paragraphen 12 ausgesprochene Bevorzugung der Reichsmehr durch Steuerfreiheit ihrer Naturalbesitze.

Unterstaatssekretär Moesle bittet die Regierungsvorlage anzunehmen, die Anträge aber abzulehnen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Wetzlich bleibt das Büro zweifelhaft, weil während der Stimmzählung noch Abgeordnete den Saal betreten.

Präsident Fehrenbach: Es ist ein Elend, daß die Herren bei der Abstimmung **nicht im Saale anwesend sind, sondern im Restaurant sitzen.**

Der Hammelsprung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Für den Antrag haben 87, gegen ihn 100 Abgeordnete gestimmt.

Schluß 2½ Uhr.

Fortsetzung 3¾ Uhr.

145. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 45 Minuten. Er bemerkt: Vielleicht gelingt es den Herren Fraktionsführern, **das Pflichtgefühl der Abgeordneten soweit zu stärken, daß im Laufe der Woche noch einmal ein beschlußfähiges Haus zusammen kommt.**

Die Beratung wird fortgesetzt.

Paragraph 12 wird in der Ausschußfassung angenommen, abgesehen von dem Antrag Wetzlich zu Absatz 12, der zurückgestellt wird.

Zu Paragraph 13 beantragt Abg. Wetzlich (D. N.), daß vom Gesamtbetrag der Einkünfte noch in Abzug zu bringen seien angemessene Rückstellungen für Erneuerungen.

Abg. Gothein (Dem.) beantragt, daß auch in Abzug gebracht werden dürfen Beiträge zu politischen, wohltätigen Zwnd kulturfördernden Vereinigungen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen.

Unterstaatssekretär Moesle spricht gegen beide Anträge. Der Antrag Gothein wird bis zur 3. Lesung zurückgezogen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) beantragt, daß Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen usw. abziehbar sind.

Abg. Keil (Soz.) begründet ebenfalls mehrere Abänderungsanträge.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge Keil und der Antrag Becker betreffend die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen angenommen.

Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Zu Paragraph 16 wird ein Antrag Dr. Becker-Hessen angenommen, wonach das Einkommen des Haushaltsvorstandes und seiner minderjährigen Kinder zusammengerechnet werden soll.

Die Paragraphen 19 und 20 werden gemeinsam beraten. Abg. Keil (Soz.) begründet einen Antrag Dr. Blunck (Dem.) und Genossen, auf den sich die Mehrheitsparteien und die Rechte geeinigt haben, wonach der dem steuerfreien Einkommen hinzuzurechnende Betrag sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und jede weitere zur Haushaltung zählende Person erhöht, sofern letztere das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

Unterstaatssekretär Moesle: Der Antrag Blunck sei mit einem ernsten und einem heiteren Auge zu begrüßen. Aber schließlich könnte man darüber reden.

Paragraph 19 wird mit dem Antrag angenommen.

Paragraph 20 wird in der Ausschußfassung angenommen.

Angenommen wird ferner der Antrag Blunck, einen Paragraphen 55a einzufügen, wonach im Anschluß an den Antrag Blunck (zu Paragraph 19) der Paragraph 14 des Umsatzsteuergesetzes aufgehoben wird.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung; vorher Anfragen, nachher weitere Steuergesetze.

Laut „Journal" erklärte man gestern bei der E. G. F., daß nur 10 Prozent der mobilisierten Eisenbahner dem Mobilisierungsbefehl gefolgt seien. Man gebe auch dort zu, daß auf der Nordbahn der Eisenbahndienst fast vollkommen sei, weil die Eisenbahner der besonderen Lage der Kampfzone Rechnung tragen würden. Die führenden Gewerkschaften haben die Hoffnung noch nicht verloren, den Konflikt beizulegen. Anscheinend soll heute ein entscheidender Vermittlungsschritt getan werden. Die Einsperrkurven, die das Ministerium beschlossen hat, treten im März in Kraft.

Willkürliche Verhaftung im Westen.

Ludwigshafen, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Franzosen fahren fort, im Saargebiet, der Pfalz und im Rheinland willkürlich die Verhaftung von Personen vorzunehmen, die sich nach ihrer Ansicht gewisser Verbrechen im Kriege schuldig gemacht haben. Die französischen Militär- und Polizeibehörden lassen sich angeblich im Besitz besonderer Listen befinden, in denen die Namen der zu verhaftenden Personen vermerkt sind. Die Festnahme und Verschleppung der meist unbescholtenen Personen erfolgt vielfach in geradezu überfallartiger Weise.

Türkisch-arabische Siege.

WTB. Amsterdam, 1. März. Die englischen Blätter vom 28. Februar bringen ein Telegramm aus Kairo über die Kämpfe in Syrien, wonach die Türken und Araber Alexandrette genommen haben.

Die Abstimmung in Ostpreußen.

WTB. Berlin, 1. März. (Drahtnachricht.) August Winnig, der Oberpräsident von Ostpreußen, teilte einem Mitarbeiter des „Vorwärts" mit, nach Anfrage von Mitgliedern der Ententekommission würde die Abstimmung in Masuren spätestens Anfang August stattfinden. Die Wahlaufsicht könne er auf Grund seiner persönlichen Kenntnis der Verhältnisse als äußerst gut bezeichnen. Die englische Besatzung verhält sich durchaus korrekt.

Der Reichsverweser Ungarns gewählt!

Budapest, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) Unter feierlichem Gepränge wurde, wie die „Nationalzeitung" erfährt, heute die Wahl des Reichsverwesers für Ungarn vorgenommen. Es wurde Nikolaus Horthy zum Verweser gewählt und mit ritterlichen Vorlauf- und Eidesreden in der Nationalversammlung empfangen. Er antwortete auf die Frage, ob er bereit sei, die Wahl anzunehmen, mit einem lauten Ja und leistete den Eid. Die Nationalversammlung schloß dann ihre Sitzung.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 1. März. 127. Sitzung. 12 Uhr mittags. Zur Beratung steht der Antrag Gräf-Frankfurt (Soz.) über die

Ausnutzung der Wasserkräfte und der Kohle.

Abg. Meyer-Lippstadt (Soz.) begründet den Antrag, der nach Zustimmungserklärungen aller Parteien einstimmig angenommen wird.

Es folgt die Beratung eines Antrages Adolf Hoffmann (U. S.) über den Einfluß der Versammlungsverbote auf die Redefreiheit der Abgeordneten.

Abg. Leid (U. S.): Wir beantragen, die Landesversammlung möge gegen diese Beschränkung der parlamentarischen Rechte Verwahrung einlegen. Das Verbot ist geradezu skandalös.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Mitteilungen des Ministerpräsidenten über

parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichsämtern.

In diesen Mitteilungen heißt es, daß nach den Verordnungen aller preußischen Ministerien und des Staatskommissars für Volksernährung seit dem Ausbruche der Revolution für Herstellung und Verbreitung von parteipolitischen Flugblättern und Schriften Staatsgeld nicht verwendet worden seien.

Abg. Rippel (Dn.): Die Zentrale für Heimatdienst verbreitet tatsächlich parteipolitische Broschüren. In unverhüllter Weise wird auch unter den heimgekehrten Kriegsgefangenen parteipolitische Propaganda auf Staatskosten betrieben. Auch die Ausgaben für die Zentralstelle für Arbeiterbildung dienen in Wahrheit sozialdemokratischen Parteiinteressen. Ich frage die Regierung, ob sie diesem Mißbrauch von Staatsmitteln bereit will.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung muß sich selbstverständlich gegen jede Propaganda wenden, die sich gegen ihr Programm, insbesondere gegen ihren Charakter als Koalitionsregierung richtet. Sie stimmt darin mit der Reichsregierung überein. Die Zentrale für Heimatdienst untersteht dem Reich. Die Regierung hat keine Staatsmittel für Parteipropaganda eingegeben. Für die Zentralstelle für Arbeiterbildung wurden wir gern Geld ausgeben. Leider erlauben es unsere Finanzen nicht. Keinen Pfennig hat diese Zentralstelle von uns erhalten.

Abg. Dr. Poersgeld (U. S.): Auch wir werden jede Verwendung von Staatsmitteln zu parteipolitischen Sonderzwecken in schärfster Weise bekämpfen.

Abg. Garnich (D. Nat.): Trotz aller Ableugnungen der Regierung behaupten wir auf Grund zahlreicher Flugblätter der Zentrale für Heimatdienst den parteipolitischen Charakter. Wie kann die Regierung verlangen, daß wir als Steuerzahler dafür auch noch unser Geld hergeben?

Abg. Meyer-Meine (Soz.): Für die Erhaltung der jetzigen Regierung sollte eine viel lebhaftere Werbearbeit eintreten.

Abg. Stolt (Ztr.): Wir sind nicht mit allen Maßnahmen der Zentrale für Heimatdienst einverstanden. Ueberhaupt erkennen wir an, daß die Zentrale jetzt bemüht ist, neutral zu arbeiten.

Auf Antrag der Mehrheitsparteien wird die Erörterung geschlossen. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrages von Wangenheim (Dtsch.-Hann.) betreffend die

Ueberschwemmungen an der Elbe und Weser.

Berichterstatter Wittmann (Soz.): Der Ausschuß hat den Antrag vorgeprüft und ersucht die Regierung, den durch das Hochwasser Geschädigten in weitestem Maße zu Hilfe zu kommen.

Nach zustimmenden Erklärungen aller Parteien wird der Antrag angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302018/fragment/page=0002

Es folgt die Beratung des Antrages Gräf-Frankfurt (Soz.) betreffend

die Krankenkassen.

Abg. Gräf (Soz.): Nach dem Antrage soll die Regierung insbesondere veranlassen, daß den Krankenkassen für die Ausstellung der Invalidenversicherungskarten eine die Selbstkosten deckende Entschädigung von den Landesversicherungsanstalten bezahlt wird.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag Gräf (Soz.), der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dafür vorstellig zu werden, daß die Grundlöhne, nach denen sich die baren Leistungen der Krankenkassen richten, entsprechend den Zeitverhältnissen erhöht werden, um die Kranken vor Schaden zu bewahren, wird angenommen.

Dienstag 12 Uhr Gesetzentwurf betreffend Auseinandersetzung zwischen dem Staate und dem ehemaligen Königshaus.

Schluß 4½ Uhr.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. März 1920.

Stadtverordneten-Sitzung.

Der Kartoffelbau in eigener Regie. — Notgeld. — Nur 150 Arbeitslose. — Postscheckamt. — Ein städtischer Polizeidirektor.

Halle, den 1. März 1920.

Der stellvertretende Vorsteher Keil (Deutschdem.) gibt ein Gesuch der Kaufleute Bock und Rosenthal bekannt, die eine Verlängerung ihrer Mietsver räge betreffend Läden im Rathaus auf mehr als zwei Jahre wünschen. Die Eingabe wird abgelehnt.

Sodann teilt der Vorsteher mit, daß der Magistrat der Beschwerde des Stv. Wilke (Mehrheitsso.) über ungehörige Verteilung der Bezugsscheine auf Reichswaare nachgegangen sei. Der Gewährsmann des Herrn Wilke sei vernommen worden und habe dabei habe es sich herausgestellt, daß die Sache auf Klatsch beruhe.

Stv. Wilke (Mehrheitsso.): Damit ist der Beweis nicht erbracht, daß der Fall, den ich in der vorigen Sitzung vorgebracht habe, in das Reich der Phantasie gehört. Mein Gewährsmann sträubt sich, nähere Mitteilungen zu machen, um den betreffenden Beamten, der sich außer der Reihe Bezugsscheine verschafft hat, nicht aus Stellung und Brot zu bringen. Mir liegt es übrigens fern gelegen, Beamte der Korruption zu zeihen; ich wollte nur zeigen, wie unvollkommen und ungerecht die Verteilung der Bezugsscheine war, und wenn der Dese nent, Herr Stadtrat Finger, meine Angaben als Verleumdung bezeichnet hat, so ist das die Spitze der Arroganz.

Vorsteher Keil: Für diese Bemerkung erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Herr Finger hat zwar in der vorigen Sitzung recht unvorsichtig das Wort Verleumdung gebraucht, aber es richtete sich nicht direkt gegen ein Mitglied der Versammlung.

Weiter macht der Vorsteher Mitteilung von einem Beschluß des Magistrats, daß er dem mit Stimmengleichheit angenommenen Antrag, bei der Verkürzung des Unterrichts in den Schulen den Religionsunterricht zu streichen, nicht beigetreten sei.

Nunmehr tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 und 2 betreffen Wahlen in die Deputation für die Kriegsfür ebliebenenfürsorge und den künstlerischen Beirat der Bauordnei. (Ref. Stvo. Kleeis und Volbracht (Mehrheitsso.)

3. Zur Verstärkung der Landgüterverwaltungsdeputation werden eine Reihe praktischer Landwirte vorgeschlagen. Stv. Steinbrück (Deutschnat.) empfiehlt die betreffenden Herren.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Wir müssen prüfen, ob die zu wählenden Herren Freunde der eigenen Regie sind. Wenn das nicht der Fall ist, lehnen wir sie ab, da wir die eigene Regie grundsätzlich wollen. Ich beantrage, den Punkt abzusetzen. Wir haben für den Acker auf dem ehemaligen Flugplatz eigene Regie beschlossen, aber es machen sich da Quertreibereien geltend. Es wurde gesagt, wir bekämen keinen Dampfpflug; tatsächlich ist die Fläche bereits gepflügt. Es wurde weiter gesagt, wir bekämen keinen Stallbünger; den brauchen wir gar nicht. Auf dem ausgebauten Boden wachsen die Kartoffeln auch so. Die praktischen Landwirte stören uns lediglich die eigene Regie.

Stv. Steinbrück (Deutschnat.): Gewiß wachsen dort Kartoffeln auch ohne Dünguna, aber wir werden nur ungefähr die Hälfte, und zwar zum doppelten Preis, an Kartoffeln bekommen, die wir bekommen hätten, wenn wir die Flächen einem Bäcker überlassen hätten. Wir müssen praktische Landwirte in der Deputation haben.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Ein Pächter würde vielleicht Hafer bauen, von dem die Tonne jetzt mehrere tausend Mark kostet, und die Kartoffeln würde er verfüttern.

Stv. Albrecht (Unabh.): Herr Steinbrück sieht zu schwarz. Nicht blos unser Inspektor, sondern auch ein praktischer Landwirt hat mir beim Pflügen versichert, daß in dem seit fünf Jahren ausgeruhten Boden Kartoffeln ausgezeichnet wachsen würden. Unser Inspektor Eberhard ist prot Hoffnung, daß wir mehrals das Doppelte der veranschlagten Kartoffelmengeernten werden.

Stv. Minner (Deutschdem.): Ich will gegen die eigene Regie durchaus nichts sagen, aber hoffentlich geht es uns mit den Versuchungen hinsichtlich der Kartoffelernte nicht so, wie mit der Kohlenversorgung. Was hat uns da der Dezernent, der unabhängige Herr Ostrburg, für rosige Bilder gemalt, und tatsächlich ist sie doch zusammengebrochen. Wir brauchen praktische Leute in den Deputationen, um die Stadt vor unnützen Kosten zu bewahren.

Stv. Ostrburg: Die Kohlentransporte aus dem Geiseltal werden uns noch eine große Hilfe sein. Vorläufig bavert's damit nur deshalb, weil unsere Motorwagen nicht stark genug sind, zwei Anhänger zu ziehen, sonst könnten wir täglich 800 bis 1000 Zentner hereinbringen. Stärkere Motore lassen sich aber augenblicklich nicht beschaffen. Wie können Sie mich für die Sache verantwortlich machen? (Zuruf: Wen denn sonst?) Das liegt darin, daß früher zu wenig gemacht ist.

Der Antrag Hildebrandt auf Vertagung wird mit 29 gegen 29 Stimmen, wobei die Stimme des Vorsitzenden gegen den Antrag den Ausschlag gibt, abgelehnt und die Verstärkung der Deputation in der vorgeschlagenen Weise angenommen.

4. Wie Herr Stv. Weschke (b. t. Fr.) darlegt, hat der Verein für

Kinderhorte

beschlossen, die bisher von ihm betriebenen bezw. unterhaltenen Kinderhorte bis auf 3 eingehen zu lassen. Während der Kriegszeit hielt der Verein 21, zuletzt 9 Horte offen. Untergebracht waren in den Horten bis zu 1000 Kinder, in der letzten Zeit betrug die durchschnittliche Besucherzahl 40 Kinder für den Hort. Durch das Eingehen einer größeren Anzahl Horte erwächst die Gefahr, daß die bis jetzt darin untergebracht gewesenen Kinder während der schulfreien Zeit ohne jede Aufsicht und Pflege sind, da die meisten Mütter jener Kinder im Erwerbsleben stehen. Dadurch erweist sich die Einrichtung weiterer Horte als ein unbedingtes Erfordernis. Aber auch weitere Momente treten hinzu. Bei der allgemeinen Notlage sind 18 000 weibliche Personen versichert, dazu treten noch mindestens 12 000 weibliche Mitglieder der verschiedenen Betriebskrankenkassen, so daß die Zahl der in dem Arbeitsverhältnis stehenden weiblichen Personen auf rund 30 000 zu schätzen ist. Unter diese Zahl aber fällt ein sehr großer Prozentsatz auf Frauen und Mütter, deren Kinder, soweit sie schulpflichtig sind, nach Schulschluß ohne jede Aufsicht und Pflege sind. Es besteht somit die Gefahr, daß die durch die Arbeit der Mütter auf die Straße angewiesenen Kinder verwahrlosen. Für die Stadtgemeinde ergibt sich daraus die unbedingte Pflicht, für die anderweitige sittliche Versorgung der Kinder einzutreten, um den Kindern in den Horten während der schulfreien Zeit die Pflege und den erzieherischen Einfluß des Elternhauses zu bieten. Auch den erwerbstätigen Frauen wird dadurch die Sorge um die Kinder während ihrer Arbeitszeit abgenommen und ihnen nach Arbeitsschluß Gelegenheit gegeben, die häuslichen Arbeiten noch während einiger Stunden, ohne durch die Kinder behindert zu sein, verrichten zu können. Die Kinder selbst aber werden durch den Besuch der Horte von der Straße abgehalten und vor den mancherlei Gefahren derselben geschützt, ihnen auch wenigstens zu einem Bruchteile die Annehmlichkeiten während einiger Tagesstunden geboten.

In Würdigung dieser Umstände hat der Magistrat beschlossen, vom 1. April d. J. ab zunächst 6 Kinderhorte einzurichten und in eigene Verwaltung zu übernehmen, und zwar in der Luther-, Johannes- und Friesenschule, sowie im Grundstück Pulverweiden 2 (dem früheren Fle abade), dem Wasserturm auf dem Roßplatz und in einer am Fuß von Schmelzers Höhe am Bürgerpark aufzustellenden Baracke. Mag auch die Zahl der Horte mit Rücksicht darauf, daß auf durchschnittlich 30 000 Einwohner 4 gerechnet werden, für Halle also 24 Horte in Frage kämen, zunächst gering erscheinen, so bleibt doch zu berücksichtigen, daß neben den geplanten 6 Horten noch 3 Horte des Vereins für Kinderhorte in der Hermann-, Luisen- und Torschule im Betrieb erhalten bleiben und 2 Privathorte und ein Hort in der Behde-Lehmann-Stiftung, im ganzen also denn 12 Horte vorhanden sind; außerdem ist in dem jetzigen Zeitpunkte die Einrichtung einer größeren Zahl von Horten durch die Stadt mit größeren Schwierigkeiten verbunden und mit Rücksicht auf den Mangel an geeigneten Hilfskräften und Material gewisse Vorsicht am Platze. Immerhin wird aber mit der Einrichtung der geplanten 6 Horte dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen werden können.

Die Kosten von 175 000 Mark, die sich durch die voraussichtlichen Einnahmen um 45 000 Mark verringern werden, bewilligt die Versammlung.

5. Die Einrichtung elektrischer Beleuchtung für das Gesundheitsamt wird abgelehnt. Ref. Stv. Volbracht (Mehrheitsso.) und Reimann (Unabh.).

6. Die Mittel für bauliche Unterhaltung der Volksschulen werden um 6000 Mark verstärkt. Ref. Wolf und Brömme (Unabh.).

7. Für bauliche Anlagen im Grundstück Ritterstr. 16 werden 915 Mark nachbewilligt. Ref. Heine (bei seiner Fraktion) und Minner (Deutschdem.).

8. Für die Heizungsanlage im Riebeckstift werden 4000 Mk. bewilligt. Der Referent, Stv. Volbracht (Mehrheitsso.) fragt dabei an, warum denn immer noch nicht der seinerzeit bewilligte städtische Heizungsingenieur angestellt sei.

Stadtrat Wurm: Der Bewerber, den wir in Aussicht genommen hatten, hat schließlich abgelehnt. Die Neubesetzung der Stelle geht jedoch fort.

9. Für Instandsetzung der Dächer auf dem Schlachthof bewilligt man 4000 Mark. Ref. Stv. Minner (Deutschdem.).

10. Für Instandsetzung des städtischen Grundbesitzes Kl. Ulrichstraße 5 beschließt die Versammlung statt der geforderten 30 000 Mark 40 000 Mark auszuwerfen. Ref. Stv. Minner (Deutschdem.).

11. Für das Pförtnerzimmer im Trotha-Volksbade wird elektrisches Licht gewährt. Kostenpunkt 2000 Mk. Ref. Stv. Brömme (Unabh.)

Punkt 12 betrifft die Beschaffung von

Notgeld.

Stv. Manschewski (Deutschdem.) berichtet darüber. Die Verwaltung beschließt die Herstellung von weiteren eine Million Stück 50-Pf.-Scheinen nach einem neuen Muster unter Einziehung der im Umlauf befindlichen abgenutzten Scheine, sowie die Ausprägung von andertthalb Millionen Stück Zehnpfennigmünzen in Eisen.

13. Den Theaterarbeitern soll für den Erwerb der Ausbildung anwartschaft die Beschäftigungszeit bei den früheren Theaterpächtern angerechnet werden. Ref. Stv. Kleeis (Mehrheitsso.)

14. Zur Ermöglichung der Anstellung einer Anzahl auf Probedienstzeit angenommener technischer Angestellten als Beamte beschließt man die Schaffung folgender Beamtenstellen: Beim Tiefbau: 1 Diplomingenieur, 5 Bauleitstäre; Hochbau: 2 Bauleitstäre; Elektrizitätswerk: 1 techn. Sekretär; Gas- und Wasserwerk: 2 Bauleitstäre, 1 Telegraphenmeister, 1 Rohrmeister, 1 Zeichner. Kosten sind einstweilen damit nicht verbunden. Ref. Stv. Minner (Deutschdem.).

15. Dem Bahnmeisterverein wird eine Zumendung von 1922 Mark bewilligt. Ref. Stv. Bock (Unabh.).

16. Der Beteiligung der Stadtgemeinde an der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft „Mitteldeutsche Heimstätte" mit 30 000 Mk. stimmt man zu. Ref. Stv. Steinbrück (Deutschnat.).

17. Des Beschlusses der Beteiligung an der Kleinsiedlungsgesellschaft Mansfeld mit 5000 Mk. Ref. Stv. Meschke (b. t. Fr.).

18. Den einzelnen Beamten, die bis zum Abschluß der für 1920 geplanten städtischen Besoldungsreform in den Ruhestand treten, sollen Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge auf Grund der neuen Besoldungsordnung gewährt werden. Ref. Stv. Bode (Deutschdem.).

19. Für die Erneuerung des Unterbaus einer Kreuzungsweiche auf dem Schlachthof bewilligt man 9600 Mark. Ref. Stv. Müller (Mehrheitsso.).

Punkt 20 betrifft die Bestrebungen auf

Errichtung eines Postscheckamtes

in Halle. Wie Stv. Brinkmann (Deutschdem.) ausführt, soll das Leipziger Postscheckamt geteilt werden. Mehrere Städte bemühen sich da um, das neue Postscheckamt zu erhalten. Der Verkehrsausschuß war der Ansicht, daß es für unsere Stadt insonderheit für die Geschäftswelt ein großer Vorteil sei, das Postscheckamt nach Halle zu bekommen. Aus solchen Erwägungen heraus hat der Verkehrsausschuß beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Reichsbehörden wegen Einrichtung eines Postscheckamts in Halle in Verhandlungen zu treten. Selbstverständlich überlebt der Ausschuß dabei nicht die Schwierigkeiten der Beschaffung von Räumen und Wohnungen, aber Halle darf bei der Konkurrenz nicht hintanbleiben.

Stv. Bolle (Deutschdem.): Mit dem Postscheckamt ist ein großer Beamtenapparat verbunden. Wir müßten 300 bis 500 Beamte in Halle unterbringen. Es besteht Erfurt habe die besten Chancen das Postscheckamt zu bekommen. Aber Erfurt kann auch keine Wohnungen schaffen. Auch Magdeburg bemüht sich um ein Postscheckamt, und zwar um das von Berlin abzutretende. Aber es hat auch die gleiche Wohnungsnot. An der Wohnungsnot wird überhaupt die Sache vorläufig für jede Stadt scheitern. Die tausend Beamten des Postscheckamts Leipzig werden noch lange in Leipzig bleiben. Aber Halle muß sich bemühen und für die Zukunft vorsorgen; es liegt ja auch viel günstiger als Erfurt.

Stv. Wilke (Mehrheitsso.): Gewiß ist es unmöglich, die nötigen Wohnungen zu schaffen, aber Halle muß sich als Bewerber melden.

Stv. Weschke (b. t. Fraktion): Halle hat durch seiner zentralen Lage den ersten Anspruch auf ein solches Postscheckamt.

Stv. Manschewski (Deutschdem.): Die Bildung des neuen Postscheckamtsbezirks kann nur so erfolgen, daß man den Kreis, der jetzt von Leipzig aus überblickt wird, einfach durchschneidet. Da ist Halle dann der gemeinsame Ort für das neue Amt. Erfurt liegt viel zu weit nach Westen. Auch Magdeburg hat nicht die günstige Lage.

Stv. Hildebrandt (Unabh.) erklärt sich für den Antrag des Verkehrsausschusses.

Frl. Stv. Lange (Deutschdem.): Die Wohnungsschwierigkeiten darf man nicht unterschätzen. Ich warne vor jedem Optimismus. Auf Jahre hinaus ist keine Besserung zu erwarten. Die Wohnungsnot hat sich gegenüber dem Vorjahre um 1500 Prozent vergrößert. Im Vorjahre suchten hier in Halle 300 Personen vergeblich nach einer Wohnung, jetzt sind es nahezu 5000! Es ist ausgeschlossen, daß die Verhältnisse sich in absehbarer Zeit ändern.

Der Antrag des Verkehrsausschusses wird genehmigt.

21. Stv. Kleeis (Mehrheitsso.) berichtet über die Vorlage zur Erhöhung der Sätze über die Erwerbslosenfürsorge. (Wir haben die Vorlage schon mitgeteilt.) Die Anträge des Magistrats werden genehmigt, nachdem der Referent hervorgehoben hat, daß das Leitende Motiv der Vorlage sei, an Stelle der Fürsorge die Arbeit zu setzen.

Der Referent betont, daß in Halle die Zahl der Erwerbslosen verhältnismäßig sehr günstig sei. Weihnachten hatten wir mit 700—800 Arbeitslosen den Höchststand erreicht; jetzt sind es nur noch 150 gegenüber 5000 bis 6000 in Leipzig und 5000 in Gera.

22. Frl. Stv. Schrecker (Deutschdem.) berichtet über Wünsche der

Sozialbeamtinnen

für die künftige Gehaltsregulierung. Die Beschäftigung der Sozialbeamtinnen, die viel Außendienst haben, ist nicht zu vergleichen mit bloßem Bürodienst. Dabei ist die Besoldung jetzt unpsychologisch, willkürlich und vielfach ganz unzureichend. Die Sozialbeamtinnen fordern Gehaltsaufbesserung und Verleihung des Beamtencharakters. Jetzt sind sie auf Privatdienstvertrag angestellt; das ist ein großer Nachteil, zumal ihre Arbeit sie leicht mit den verschiedenen Parteiströmungen in Berührung bringt, was die Gefahr der Beeinflussung in sich schließt; sie sollen ja vermittelnd zwischen den Klassen stehen. Man müßte eine Prüfung und ein Probejahr einführen und dann die Anstellung mit Beamtencharakter erfolgen lassen. Die Wohlfahrtspflegerinnen bekommen einen Grundlohn von 1560 Mark im Jahr, die Schulpflegerinnen 1800 Mark, die Wohnungspflegerinnen 2400 bis 3600 Mark, die Stadtschwester 2250 Mark, die neuen Hortnerinnen sollen 4200 Mark beziehen. Eine einheitliche Regelung ist nötig. Die Beamtinnen brauchen viel Kleidung; ihr Beruf ist aber auch außerordentlich strapaziös und verlangt, daß man ihnen wirtschaftliche Sorgen nimmt. Ich beantrage namens des Sozialen Ausschusses bis zur endgültigen Regelung alle Gehälter mit Wirkung ab 1. Februar auf die Sätze der Wohnungspflegerinnen, also 2400—3600 Mark zu bringen.

Frau Stv. Krüger (Unabh.) verlangt volle Gleichstellung mit den Männern.

Stadtrat Belthusen: Es werden für die Sozialbeamtinnen Kurie eingerichtet, die Ende dieses Monats beginnen sollen.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Von einer Prüfung soll man die Anstellung nicht abhängig machen. Wir wünschen, daß auch besähigte Volksschullehrinnen an der Karriere zugelassen werden.

Stv. Kleeis (Mehrheitsso.) unterstützt den Antrag Schrecker und bemerkt, daß die Verwaltungsangestellte auch nur 2400 bis 3600 M. Gehalt haben.

Die Anträge des Sozialen Ausschusses werden angenommen mit dem Zusatz, daß auch besähigte Volksschullehrinnen zur Anstellung als Sozialbeamtinnen zugelassen werden.

23. Stv. Gräfe (Unabh.) berichtet die Anfrage der Unabhängigen, warum der Hilfskontrolleur August Neukert bei der städtischen Straßenbahn nicht Urlaub zur Tagung seiner Gewerkschaft nach Berlin bekommen habe.

Oberbürgermeister Rive: Herr Neukert hat nicht deutlich gemacht, daß er im Auftrage seiner Gewerkschaft zur Reichskonferenz der Straßenbahner als Delegierter fahren wolle. Hätte er das gesagt, oder wie ihm gerade war, sich an den Herrn Bürgermeister Serdel gewendet, wäre ihm der Urlaub nicht verweigert. Wir geben grundsätzlich den städtischen Arbeitnehmern Gelegenheit, zur Wahrnehmung ihrer Interessen auf derartigen Tarifrecunen. Eine Rendrung ist nicht beabsichtigt.

Außerhalb der Tagesordnung ist von den Mehrheitssozialisten der Antrag eingegangen, den Magistrat um Auskunft über die Verwendung von Wagen, die Schiebern und Schleichhändlern abgenommen werden, zu ersuchen.

Die Sache soll, da am nächsten Montag die Sitzung ausfällt, über 14 Tage verhandelt werden.

In der geheimen Sitzung wurde beschlossen, die Stelle des Polizeidezernenten einem Juristen mit Befähigung zum Richteramt zu übertragen, und zwar mit dem Gehalt der Magistratsmitglieder (6000 bis 10 000 M.). Der Polizeidezernent erhält die Amtsbezeichnung

städtischer Polizeidirektor.

Der Uebertragung der Stelle an den jetzigen Inhaber, Gerichtsassessor Könemann, stimmt die Mehrheit der Versammlung zu.

Weiter wird die Anstellung des Polizeikommissars Semerinski genehmigt.

Kunst und Wissenschaft.

Die zweite Reichs-Theaterkonferenz begann in Stuttgart zwischen den Regierungen der Länder und Vertretern des Deutschen Städtetages unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Heinrich Schulz vom Reichsministerium des Innern. Zur Verhandlung gelangten die Fragen der Theatergesetzgebung, der Theatersteuerung und des Zuschusses der Städte zu den Kosten der Staatstheater.

Geheimrat von Martius †. In der Nacht vom 26. und 27. Februar ist der bekannte deutsche Chemiker Dr. Carl Alexander von Martius in Staufenhof bei Reichenhall gestorben.

Provinzial-Nachrichten.

§§ **Könnern 5. Halle, 29. Febr. (Attentat?)** Bei Station Domnitz wurde unmittelbar, nachdem der Zug die Station verlassen hatte, ein scharfer Schuß auf ein Abteil zweiter Klasse abgefeuert, in dem Bürgermeister Twehaus saß. Der Schuß verfehlte sein Ziel. Der Attentäter ist noch nicht ermittelt.

Jeknitz, 29. Febr. (Die Biberkolonie.) Die von der anhaltischen Regierung an der Mulde bei Raguhn im vorigen Jahre geschaffene, wie entwickelt sich ansehnend günstig. Von Raguhn bis nach Gremmin zeigen abgenagte Baumstämme, daß die Biber dort tätig sind. Auch auf den Landgraben bei Jeknitz haben sich die Tiere, die bekanntlich vorsätzlichen Jagdschutz genießen, ausgedehnt.

** **Vom Eichsfelde, 29. Februar.** (Burg Ludwigstein als Wandervogelheim.) Die an der Werra malerisch gelegene Burg Ludwigstein, die dem bekannten Hanstein gegenüber liegt, soll von einer Vereinigung von Wandervögel- und anderen Wanderverbänden gekauft und als Heim eingerichtet werden. Die Gesamtwiederherstellung, zu der sich die Käufer verpflichten müssen, ist auf 165 000 Mark veranschlagt. Zunächst wird ein Flügel ausgebaut, der außer dem Kaufpreis von 30 000 Mark eine Summe von 50 000 Mark erfordert.

:: **Kalbe (Saale), 29. Febr. (Errichtung einer Gemüsebauschule.)** Die Stadtverordneten stimmten der Errichtung einer Gemüsebauschule zu, da sie sich von ihr für die Förderung des Gemüsebaues, der in der Provinz Sachsen in unserer Stadt seinen Hauptsitz hat, Vorteile versprechen. Die Landwirtschaftskammer soll über die Verpflichtung eingehen, die nächste landwirtschaftliche Schule, die errichtet wird, nach Kalbe zu verlegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302018/fragment/page=0003

♣ **Buttstädt, 27. Febr.** (Kindesentführung.) Im Jahre 1912 machte Frau Werther aus Guthmannshausen einen Besuch in dem Kinderheim Lichtenhain, woselbst deren Schwester als Pflegerin tätig war. Von dieser wurde der Besucherin mitgeteilt, daß sich in der Anstalt ein Mädchen von einem halben Jahre befinde, das von der Mutter verlassen sei, ob Frau Werther das Kind nicht in Pflege nehmen wollte. Frau W. sagte zu und nahm die Kleine mit nach ihrem Wohnort Guthmannshausen. Das Mädchen wurde durch Frau Werther erzogen, so daß das Kind nicht anders wußte, als die Wertherschen Eheleute waren seine Eltern. Als das Kind schulpflichtig wurde, ward es von Werthers zur Schule geschickt, die es bis Donnerstag, den 12. Februar 1920 besuchte, an welchem Tage sich folgende Begebenheit abspielte: Mittags 12 Uhr erschien ein Auto vor der zweiten Schule des Ortes. Der Kraftwagen war besetzt mit zwei Damen und einem Herrn. Dieser Herr schwang sich aus dem Auto und erwartete das Kind, das zu dieser Zeit in der Schule war, vor dem Schulgebäude. Als das Mädchen aus der Schule trat, ergriff er es mit beiden Armen und schleppte das schreiende und jammernde Kind in das Auto, worin die beiden Damen saßen, diese nahmen das Kind zwischen sich und schlugen Decken um das Kind. Der Herr stieg ein und das Auto sauste in rasendem Tempo trotz den Zurufen der sich inzwischen angesammelten Menschen in Richtung Weimar davon.

= **Allen, 29. Febr.** (Lebhafte Schiffahrt.) Bei dem günstigen Wasserstand der Elbe und Saale ist der Schiffsverkehr sehr rege. Der Talverkehr umfaßt hauptsächlich Rohzuckertransporte aus der Tschechoslowakei, die über Hamburg ausgeführt werden, ferner Salztrachten des Kalisyndikats. Das Bergegeschäft ist geringer, da die Kohlenzufuhren aus dem Westen stark eingeschränkt sind. Die Binnenschiffahrt leidet unter Mangel an Holz, um ihre Fahrzeuge ausbessern zu können.

Der Passagierverkehr zwischen Newyork und Hamburg hat schnell zugenommen. Mit dem Dampfer „Mendhuria" von der American-Line sind 1162 Passagiere, von Newyork kommend, im Hamburger Hafen eingetroffen.

Vermischtes.

Raubüberfall auf ein Bankgeschäft am hellen Tage. Zünsst erschienen im Bankgeschäft von Heinrich Behnke, Hasenstr. 110 in Hamburg, zwei jüngere Leute. Kaum hatten die beiden Unbekannten den Geschäftsraum betreten, als sie beide Revolver hervorzogen, auf den im Geschäft anwesenden Bankier und dessen Angestellten anlegten und die sofortige Oeffnung der im Laden befindlichen Gittertür, die den Kassenraum von dem Kundenraum trennt, verlangten. Der Bankier sah keinen anderen Ausweg, als der drohenden Aufforderung der beiden Raubgesellen nachzukommen. Dieser ganze Vorgang war von der im Nebenraum befindlichen Frau des Bankiers nicht unbemerkt geblieben. Die sah durch ein Guckloch, was sich im Laden abspielte, verließ das Lokal durch einen Privatausgang und rief Vorübergehende um Hilfe herbei. Aber auch die dreisten Räuber hatten die dazueilende Frau bemerkt; mit den Schußwaffen in der Hand eilten sie auf die Straße und erreichten dort natürlich das größte Aufsehen. Sie liefen nach der Davidstraße zu, wo das Auto L. P. 797 auf sie wartete. Trotzdem der Kraftwagenführer sah, daß die beiden Männer Waffen trugen und verfolgt wurden, nahm er sie in sein Fahrzeug und fuhr davon. Weit kamen die Räuber aber nicht; denn schon in der Wilhelminenstraße sprangen sie aus dem Fahrzeug und setzten ihre Flucht zu Fuß fort. Nun hatte sich das ganze Aufgenmerk der Verfolger, unter denen sich auch Beamte des Kriminalreviers 7 befanden, ausschließlich auf das Auto gerichtet. Man stellte das Fahrzeug und nahm den Lenker wegen dringenden Verdachts der Begünstigung an dem Raube in Haft. Der Chauffeur leugnet zwar, von dem Ueberfall gewußt zu haben. Es ist aber festgestellt worden, daß er kurz bevor die beiden Täter in dem Bankgeschäft waren, mit diesen zusammen in einer benachbarten Kneipe mehrere Kognats getrunken hat. Wie inzwischen ermittelt werden konnte, ist der eine Raubgeselle ein Amerikaner, der bei der Ausfahrt seines Schiffes, auf dem er bedienstet ist, nicht an Bord war und deshalb zurückblieb. Sein Mitschuldiger ist ein Deutscher, der bereits früher oft zu dem Bankier gekommen ist.

Eine Bande von etwa 50 bis 60 Bewaffneten hat die Polizeistation von Timeleague in der Grafschaft Cork mit Feuerwaffen angegriffen. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Von der Besatzung wurde niemand verwundet; die Angreifer ließen drei Tote und einen Verwundeten zurück.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußball in den unteren Klassen.

Preußen-Halle—Fortuna 3:3! Minerva—Viktoria 0:0! Eintracht—Ammendorf 1910 1:0, Sportlust—Askania, Rietzleben 1:2, 98 III—Wacker III 2:1, 98 Jgd.—Fav. Jgd. 3:2, 98 Jgd. II—Sportlust Jgd. I 3:2, 98 Schüler— V. f. 3:2, 98 Jgd. II—Sportlust Jgd. I 3:2, 98 Schüler— V. f. L. Schüler 1:4.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Nach der Restverteilung der Erstzeugnisse lenkte der Geschäftsverkehr an den deutschen Rohzuckermärkten wieder in ruhige Bahnen ein. Den Rohzuckerfabriken wie den meisten Raffinerien ist viel daran gelegen, auf beschleunigtem Wege eine endgültige Regelung von Abgabe bezw. Abnahme auch der letzten Posten Rohzucker herbeizuführen. Für die zuletzt freigegebene Rohware ist für Februar ein Zuschlag von 35 Pfennig unter Hinzurechnung von 28 Pfg. Umsatzsteuer, zusammen also 63 Pfennig für den Zentner, mehr zu zahlen als am Jahresbeginn, und für jeden weiteren Monat erhöhen sich die Preise automatisch um weitere 35 Pfg. für den Zentner. Die Verhandlungen zwischen den Rohzuckerfabriken und den Raffinerien sind größtenteils darauf gerichtet gewesen, den Rohzucker nicht nur so früh als möglich auf den Weg zu bringen, sondern auch noch die billigeren Frachtsätze zu sichern, die mit dem 1. März eine wesentliche Erhöhung erfahren. Da aber die zweite Februarhälfte allgemein nach dieser Richtung hin ausgenutzt wurde, war die Lage des Frachtmarktes äußerst gespannt, und es ist bei weitem nicht gelungen, die Warenmengen vor dem 1. März zur Beförderung zu bringen, die man gern befördert hätte. So mußten auch erhebliche Zuckermengen zurückbleiben, die versandfertig auf den Fabriken bezw. auf den Umschlagplätzen lagerten.

Am Raffinademarkte kamen bemerkenswerte Umsätze nicht zustande. In nächster Zeit ist jedoch durch Vorlegung von Bezugsscheinen durch die Gemeindeverbände zur Einlösung größerer Belebung zu erwarten. Leider hat es sich bereits als notwendig erwiesen, der allgemeinen Zuckerknappheit entsprechend, die bis jetzt verteilten Monatsmengen für Apotheken, Krankenkost, Nährmittel usw. auf die Hälfte zu ermäßigen, wobei der Preis für den zur Verwendung kommenden Auslandszucker auf 760 Mark für den Zentner heraufgesetzt wurde. Die Raffinerien haben ihre Tätigkeit, wenn auch unter Schwierigkeiten, fortsetzen können. Die geringe Menge des der Verarbeitung zur Verfügung stehenden Rohzuckers macht die Beendigung der Arbeiten auf den Raffinerien diesmal bereits in den ersten Sommermonaten wahrscheinlich.

Die Aussichten über den Umfang des diesjährigen Rübenanbaues sind noch immer ungeklärt. Die Preise für die mit der Zuckerrübe im Wettbewerb stehenden Hackfrüchte haben eine Höhe erreicht, die vielfach geeignet ist, den Anbau der Zuckerrübe zurückzudrängen. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die starke Preiserhöhung des Rohzuckers, die den Fabriken gestattet, weit höhere Rübenpreise zu bewilligen als im Vorjahre, allein nicht dazu führen kann, den wünschenswerten Umfang im Anbau von Zuckerrüben herbeizuführen. Einen Ansporn in letzter Stunde könnte nur die bestimmte Aussicht auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers mit Beginn des kommenden Betriebsjahres geben. Die günstige Witterung hat die vorbereitenden Feldarbeiten überall gut gefördert.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 1. März. Die Börse ließ eine Abnahme des Kaufbedürfnisses erkennen. Die Haltung war im allgemeinen fest bei übe wiegend weiteren Kurssteigerungen. Namentlich einzelne Kolonialwerte, wie Neuguinea, Otavi, Südseephosphat, Deutsche Kolonialanteile, wurden mit zum Teil mehr als hundertprozentiger Steigerung bei lebhaften Umsätzen aus dem Markte genommen. Ferner waren Petroleum- und Kaliaktien stark begehrt, 20—30 Prozent höher. Größe es Interesse trat für Schartungbahn und Deutsch-Ueberseeische Elektrische hervor bei Gewinnen um 20 bezw. 40 Prozent. Am Schiffahrtsaktienmarkt war Argo wiederum um 30 Proz. höher. Sonst war die Kursbewegung unglaublich mäßig bei verhältnismäßig nicht bedeutenden Veränderungen. Phönix setzte ein mit 25 Prozent Verlust, holte jedoch später den größten Teil davon ein. Am Anleihemarkt waren ausländische Valutawerte ungleichmäßig. Deutsche Anleihen gut behauptet, preußische abgeschwächt. Oesterreichische und ungarische fest.

Devisenkurse.

Berlin, 1. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berücksichtigung der vorherigen Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3672,50	3681,50	3696,00	3704,00
Brüssel-Antwerpen	729,25	731,75	729,25	731,75
Christiania	1689,75	1694,25	1698,25	1701,75
Kopenhagen	1586,00	1589,00	1488,50	1491,50
Stockholm	1858,00	1862,00	1885,50	1889,50
Helsingfors	429,6	430,40	437,10	437,90
Italien	542,00	543,00	542,00	543,00
London	339,15	339,85	341,65	342,35
New York	99,90	100,10	100,40	100,60
Paris	701,8	702,20	704,8	705,70
Schweiz	1630,25	1630,75	1621,75	1624,25
Spanien	1723,25	1726,75	1730,25	1731,75
Wien (altes)	41,21	41,29	40,21	40,29
(Deutsch-Oest. abgest.)	39,46	39,54	37,95	38,05
Prag	100,40	100,60	100,40	100,60
Budapest	35,71	35,79	35,96	36,04
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 1. März. Der Hafermarkt war ruhig. In Schlesien und Mitteldeutschland sind höhere Preise als hier zu erzielen. Von Erbsen, Peluschken und Ackerbohnen wird gute trockene Ware zu unverändert hohen Preisen gesucht und geringwertige Ware zu Futterzwecken schlank gekauft. Lebhaft blieb auch die Nachfrage in Hilfsfuttersoffen. Die Haltung für Heu war wiederum fest. Stroh war begehrt, hauptsächlich für Süddeutschland.

Berlin, 1. März. Amtliche Notizen. Preise für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestationen 4680 bis 4700. Tendenz ruhig.

§§ **Neue Stadtanleihe.** Die Stadt Aschersleben will eine neue Anleihe von dreieinhalb Millionen Mark aufnehmen.

Hannoversche Bank in Hannover. Als erste der großen Kreditbanken der Provinz veröffentlicht die Hannoversche Bank ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1919. Die Ursachen für die unerfreuliche, weiteres unrentabelste Steigerung der Arbeitslast der Banken sind hinlänglich bekannt. Dazu kam — als Folgeerscheinung der Entwertung der Valuta — ein außerordentliches Anlagebedürfnis, das zu den jetzigen „Phantasiekursen" führte. Die Dividende wird bekanntlich mit 8 Prozent (wie i. V.) vorgeschlagen. Das Institut erzielte einen Gesamtgewinn von 7 469 177 (i. V. 6 031 967) Mark. Hiersu trugen bei: Wechsel 3 429 343 (i. V. 2 162 713) Mark, Zinsen 727 516 (i. V. 1 425 651) Mark, Gewinn auf Wertpapiere und Konsortialgeschäfte 1 010 651 (i. V. 936 511) Mark, Provisionen 2 094 646 (i. V. 1 443 527) Mark, Sorten und Coupons 197 514 (i. V. 63 554) Mark und Portrag 9328 Mark. Das Unkostenkonto ist bedeutend angeschwollen. Die Steuern erhöhten sich von 514 972 Mark auf 1 084 868 Mark und die übrigen Unkosten von 1 579 972 Mark auf 2 195 335 Mark. Der Gesamtumsatz der Bank, der bereits im Jahre 1918 eine Zunahme von 3 Milliarden Mark aufwies, erhöhte sich von 11 113 000 000 Mark auf 18 291 000 000 Mark, die Zahl der laufenden Konten erhöhte sich um 5250. Infolge des Anwachsens der Debitoren von weniger als Millionen Mark am Schlusse des Vorjahres auf 104 Millionen Mark und der Lombard-Forderungen und reportierten Effekten von 29,9 auf 39,5 Millionen Mark schlägt die Verwaltung, wie bereits von uns mitgeteilt, eine Erhöhung des Aktienkapitals um 18 Millionen Mark vor. In der Bilanz werden Kredite in ohne Kündigungsfrist mit 127 883 489 (i. V. 116 968 857) Mark und Kreditoren an Kündigungsfrist mit 39 313 665 (i. V. 34 759 629) Mark ausgewiesen.

Die Plauener Bank in Plauen i. V. bringt eine Dividende von 10 (7) Prozent in Vorschlag.

Greppiner Werke in Wolfen. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 22 Prozent (i. V. 11 Prozent Dividende und 4 Prozent Bonus) bei Abschreibungen von ca. 267 000 Mk (i. V. ca. 306 000 Mk) und bei Rückstellungen für den Pensionsfonds sowie für Gratifikationen an Arbeiter und Beamte in Höhe von 250 000 Mk. vorzuschlagen. In dem diesjährigen Jahresergebnis ist die erspare Kriegsgewinnsteuer mit enthalten.

Methylhelmhütte Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Bad Harzburg. Die in Hannover abgehaltene Generalversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 20 (10) Prozent. Gleichzeitig beschloß die Versammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 200 000 Mk. durch Ausgabe ab 1. Januar dividendenberechtigter Vorzugsaktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre. Die Dividende der Vorzugsaktien wird auf 6 Prozent mit Nachbezugsrecht begrenzt. Die neuen Vorzugsaktien werden in der Liquidation mit höchstens 107 Prozent berücksichtigt und erhalten, falls in einer der stets gesondert in der Generalversammlung vorzunehmenden Abstimmung der Stamm- und Vorzugsaktien eine Uebereinstimmung nicht erzielt wird, nehmlich eine Stimmrecht in der alsdann gemeinsamen Abstimmung sämtlicher Aktien.

Vereinigte Portland-Zement- und Kalkwerke Schimischow & Gilleja, Dessau, Aktien-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 26. März nach Dessau einberufenen Generalversammlung eine Dividende von 10 Proz. (12 i. V.) und eine Vergütung von 5 Proz. (wie i. V.) aus dem Dividendenergänzungsfonds vorzuschlagen.

Die Portland-Zementfabrik Hemmoor bleibt für 1919 dividendenlos (i. V. 6 Proz.) und beantragt die Ausgabe von 300 000 Mark mehrstimmigen Vorzugsaktien.

♣ **Die staatliche Saline Schönebeck,** eine der ältesten und größten Preußens, sollte stillgelegt werden, nachdem die Erzeugung im letzten Geschäftsjahr auf ein Drittel der Erzeugung von 1913 zurückgegangen war und der notwendige Zuschuß etwa ¾ Millionen Mark betrug. Neuerdings ist jedoch die Arbeiterschaft, nachdem dafür in Verhandlungen eine beide Teile befriedigende Grundlage gefunden war, zur Akkordarbeit zurückgekehrt und die Gefahr der Einstellung des Betriebes, die das Ende des Bades Elmen bedeutet hätte, scheint damit beseitigt zu sein. In der Preußischen Landesversammlung soll die Regierung demnächst über die Sachlage befragt und gebeten werden, im Interesse des Ortes Groß-Salze und von Bad Elmen den Betrieb, auch wenn sich Zuschläge nicht vermeiden lassen, aufrechtzuerhalten.

♣ **Freiwerdende Berggerechtsame.** Die braunschweigische Kammer hat das Bergwerkseigentum an den Kupferbergwerken Morgenröte bei Seesen, Roßtrappe bei Wiernrode und Brunhildis bei Wiernrode, ferner an den Eisensteinfeldern Sophie bei Königslutter, Ammenfen bei Wertzen, Rastenberg bei Seesen und Johannesberg bei Eisenhüttenstadt sowie an dem Mangenerzfeld Anna bei Hüttenrode und an dem Braunkohlenfeld Herold bei Süpplingen für erloschen erklärt, nachdem die Besitzer das Abbaurecht nicht fristgemäß ausgeübt haben.

♣ **Eine Preiskonvention für Fieberthermometer** und chemische Thermometer, die nicht bloß die Fabriken, sondern auch die Heimindustriellen umfaßt, strebt der Verband deutscher Glasinstrumentenfabriken, Sitz Ilmenau an, um bei niederdrückender Konjunktur die Schädigung dieser Spezialindustrie durch Schmutz- und Schleuderkonkurrenz zu verhindern. Der Verband findet dabei Unterstützung durch die Normalglas liefernden Hütten.

In der Sitzung des Reichsbundes Deutscher Textilbetriebsleiter Verbände E. V. wurde die Aufnahme der Reichskleiderlager in den Reichsbund beschlossen. Die Besprechung der durch die wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch immer mehr verschärften Lieferungsbedingungen geschaffenen Lage des Textilfachhandels führte zu dem Beschluß, die Errichtung einer amtlichen Stelle für Differenzen zwischen Lieferern und Abnehmern in Form eines Reichswirtschaftsgerichts anzustreben. Die gewählten Voraussatzungen, welche vom Einzelhandel entsprechend der herrschenden Lieferungsbedingungen dem einzelnen Lieferanten gestellt wurden, sollen durch eine Treuhandstelle gemeinsame Vertretung finden.

Berliner Börse

vom 1. März 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	852,00
4½ % Disch. Schatzsch VI—IX	72,10	Chem. Heyden	467,50
5% Disch. Reichsanl.	79,00	Consolidation Schalk	419,00
4% „ „	70,75	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% „ „	64,80	Daimler Motoren	385,00
3% „ „	67,25	Deutsche Luxemburg	392,75
4% Preuß. Konsols	73,00	Deutsche Ueberseeische Elektr.	1040,50
3½% „ „	62,00	Deutsche Erdöl	89,00
3% „ „	59,75	Deutsche Gasglühl.	560,00
4% Chart. Stadtanl. 89/99	—	Deutsche Kali	845,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/00	—	Deutsche Wallen und Mun.	510,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbr.	—	Donnersmarckhütte	420,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbr	106,00	Döring & Lehrmann	195,75
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbr. 1911	—	Dürrkoppwerk	—
4½% Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	250,50
4½% Dessauer Gas Obl.	—	Eisenfelder Farben	489,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guillaume	57,00
4% Oesterr. Kronenrente	37,25	Gasmotoren Deutz	284,50
4% Ungar. Goldrente	77,30	Gebhard & Co	480,00
4% Ungar. Kronenrente	44,90	Gebhard & König	38,00
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	412,00
Halberst.-Blankenb.	101,00	Glauziger-Zuckerfbk	520,50
Halle-Hettstedter	107,00	Hallesche Maschfbk.	—
Schantungbahn	694,00	Hann Masch.	512,50
Allg. Lokalbahn	167,00	Harpener Berg	442,50
Gr. Berl. Str.	140,00	Hasper Eisen	425,00
Magdeburger Str.-B.	—	Hirsch Kupfer	410,00
Prinz-Heinrich-B.	—	Höchster Farbwerke	450,00
Orientbahn	389,00	Hoesch Eisen u. Stahl	459,50
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	283,00
Hambg. Paketfahrt	153,00	Humboldt Masch.	238,75
Hambg. Südamerika	290,00	Ilse Bergbau	595,00
Hansa-Dampfschiff.	385,00	Kahla Porzellan	—
Nordd. Lloyd	179,00	Kalw. Aschersleben	490,00
Bank-Aktien:		Körbsd. Zucker-Akt	—
Bank i. Thür	—	Kyffhäuserhütte	440,00
Berl. Handelsges.	232,00	Lahmeyer & Co	285,00
Commerz-Diskontobank	177,00	Lauchhammer	—
Darmstädter Bank	150,00	Laurahütte	366,00
Dessauische Landesbank	—	Linke & Hofmann	540,00
Deutsche Bank	315,00	Ludwig Loewe & Co	425,00
Diskonto-Comm.	237,00	Lothringer Hütte	375,25
Dresdner Bank	192,75	Mannesmannröhren	450,00
Leipzig. Credit-Anst.	18,00	Masch.-Fabr. Buckau	265,00
Mitteld. Kreditbank	159,00	Oberschl. Eisenb.-Bd	39,00
Mitteld. Privatbank	167,00	do Caro Heg	307,00
Nationalbank	159,75	do Kokswerke	—
Oesterr. Kredit	135,00	Orenstein & Koppel	392,00
Reichsbank	—	Phönix Berg	595,00
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vorz.	—
Schultheiss-Brauerei	301,00	Rhein Stahlwerken	455,25
Adt. Gummi	417,50	Riebeck Montan	418,00
Allgem. Elektr. Ges.	466,50	Rombacher Hütten	424,75
Ammendorfer Papierfabrik	805,00	Rositzer Braunk.	405,00
Anhalter Kohlenw.	360,00	Rositzer Zucker	—
Annaberger Steingut	390,00	Sangerhäuser Masch.	—
Badische Anilin	615,00	Hugo Schneider A.-G.	399,00
Bergmann Elekt. Akt.	314,50	Schuckert & Co.	262,00
Berl. Masch.-Bau	433,00	Siemens & Halske	400,00
Bismarckhütte	460,00	Stettiner Cham.	230,00
Bochumer Gußstahl	441,12	Stettiner Vulkan	345,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Stollberger Zinkh.	400,00
		Strals. Spielkarten	370,0
		Thale-Eisenhütte	641,50
		Triptis Porzellan	314,00
		Türk Tabakregie	1625,00
		Ver. Köln-Rottweiler	—
		Ver Glanzstoff	1465,00
		Wegelin & Hübner	235,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	728,00
		Wittener Gußstahl	710,00
		Wrede Mälzerei	—
		Zeitzer Masch.	532,0
		Zellstoff Waldhof	267,50
		Olavi-Minen	127,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200302018/fragment/page=0004